



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 26. Ratssitzung vom 7. Dezember 2022

### 1106. 2022/583

**Dringliches Postulat von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 16.11.2022:  
200 Stellenprozente für professionelle interkulturelle Übersetzende vor Ort am  
Stadtpital Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Tanja Maag Sturzenegger (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 969/2022): Das Begleitpostulat fordert folgendes: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen des vierjährigen Pilotprojekts betreffend Finanzierung eines flächendeckenden, niederschweligen, interkulturellen Übersetzungs- und Dolmetscherdienst (IÜDD) 200 Stellenprozente für professionelle interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer am Stadtpital vor Ort geschaffen werden können.» Die Statistik der Schweizerischen Interessensgemeinschaft für interkulturelles Dolmetschen und Vermitteln INTERPRET verzeichnete im Jahr 2021 schweizweit eine Einsatzsteigerung von 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Rund 49 Prozent der Einsätze finden im Bereich der Gesundheit statt. Es wurde erwähnt, dass im Jahr 2019 26 Prozent der Stadtzürcher Bevölkerung kein Deutsch sprechen und 13 Prozent weder eine Landessprache noch Englisch als Hauptsprache aufweisen. Dies führt zu Sprachhindernissen bei der medizinischen Versorgung. Es ist davon auszugehen, dass die fremdsprachige Bevölkerung in Zürich und der gesamten Schweiz in den nächsten Jahren ansteigen wird. Rechtlich gesehen steht ihnen eine diskriminierungsfreie medizinische Versorgung zu. Behandlungen am Stadtpital werden oft schnell durchgeführt und benötigen auch einen schnellen Zugang zu Übersetzungsdiensten. Pro Jahr werden durchschnittlich 734 IÜDD-Einsätze benötigt, sowohl vor Ort als auch telefonisch. Diese Zahl soll ebenfalls steigen. Vor Ort werden mehr Einsätze getätigt als telefonisch, was die Qualität der Gespräche verbessert. Durch feste IÜDD-Stellen kann die Hemmschwelle für Bedürftige gesenkt werden, die Dienste auch zu nutzen. Durch Kenntnis der spitalinternen Strukturen kann seitens der Übersetzerinnen und Übersetzer effizienter gearbeitet werden. Weiter fallen Vorlaufzeit und personeller Aufwand weg, die bei der Organisation externer IÜDD in Kauf genommen werden müssen. Fielen die Kosten für externe Übersetzerinnen und Übersetzer weg, kämen rund 25 000 Franken zusammen. Damit können gut 200 Stellenprozente fix angestellter Übersetzerinnen und Übersetzer finanziert werden. Oft wurden mir folgende Fragen gestellt: Wie sollen die Stellenprozente verteilt werden und welche Sprachen sollen die angestellten Dolmetschenden sprechen? Als zumeist genutzte Sprachen führt INTERPRET Arabisch und Tigrinya auf. Weiter wird erwähnt, dass sechs Sprachen 50 Prozent aller Fälle ausmachten. Mit einem klugen Mix aus Sprachen kann*



*also sicherlich einiges getan werden. Ich möchte noch richtigstellen, dass das Ambulatorium der Kinderklinik am Stadtspital Zürich noch keine fest angestellte dolmetschende Person vor Ort hat, sondern diese ebenfalls zu Terminen dazubuchen muss. Die Idee, IÜDD fest anzustellen, wird aber begrüsst. Der Einsatz von fest angestellten IÜDD wäre in der Schweiz ein Novum. Es wäre aber sicher ein Schritt in die richtige Richtung.*

**Walter Anken (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das vierjährige Pilotprojekt soll prüfen, ob IÜDD benötigt werden. Mit diesem Postulat möchte die AL die geforderten Stellenprozente einführen, ohne die Resultate des Pilotprojektes abzuwarten. Wozu brauchen wir dann das Pilotprojekt? Witzig ist auch die Begründung der Postulanten, dass die Organisation von IÜDD vereinfacht werde, wenn Dolmetscher direkt am Stadtspital angestellt seien. Das ist zwar so, zeigt aber vor allem auf, über wie wenig Kostenbewusstsein die AL im Bereich des Gesundheitswesens verfügt. Die Kosten steigen exponentiell und immer weniger Menschen können sich die Prämien leisten. Kürzlich durfte ich dem Stadtspital einen Besuch abstatten und habe unter anderem mit der Spitalleitung gesprochen. Aus diesem Gespräch ging hervor, dass Stellen auf Vorrat nicht erwünscht sind. IÜDD-Stellen werden in das Budget des Spitals einbezogen. Wie wir alle wissen, muss das Budget der Spitäler verringert, nicht erhöht werden. Die Leitung des Stadtspitals setzt alles daran, dem nachzukommen. Sonderbar ist die Aussage, festangestellte Dolmetscher könnten effizienter arbeiten, da ihnen die spitalinternen Strukturen bekannt seien. Für ihre Arbeit ist das nicht nötig. Die Begründung, dass in der Kinderklinik bereits festangestellte Dolmetscher zum Einsatz kämen, ist ein Missverständnis. Wir lehnen das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Frank Rühli (FDP):** *Die FDP lehnt das Postulat ab, aus denselben Gründen wie die SVP. Es fällt uns immer schwer, neu geschaffene Stellen sinnvoll zu begründen, besonders in diesem Fall, wo Stadtrat und Spitäler das nicht unbedingt möchten. Konzeptlos unnötige und ungewollte Stellen einzuführen, sollte nicht geschehen, und erst recht nicht bevor das Pilotprojekt überhaupt begonnen hat.*

**Tiba Ponnuthurai (SP):** *Zurzeit besteht eine rechtliche Lücke in unseren Gesundheitsinstitutionen. Wer weder Deutsch noch Englisch spricht, kann möglicherweise seine oder ihre Rechte nicht wahrnehmen. Dazu gehört beispielsweise die Einwilligung zu medizinischen Behandlungen. Diese Tatsache verursacht klare juristische und ethische Bedenken. Sprachbarrieren verhindern eine adäquate medizinische Betreuung, mindern therapeutische Erfolge und gefährden die Sicherheit von Patientinnen und Patienten. Aus medizinischer, ökonomischer und juristischer Sicht gilt es, Sprachbarrieren zu verhindern. Das Pilotprojekt, das wir mit der Weisung GR Nr. 2022/286 gebilligt haben, bietet die perfekte Gelegenheit, verschiedene Ansätze zu testen und festzustellen, wie die Benachteiligung bestimmter Gruppen am besten verringert werden kann. Im Stadtspital werden pro Jahr durchschnittlich 550 Fälle verzeichnet, bei denen interkulturelle Dolmetscher-Leistungen bezogen werden. Der effektive Bedarf wird allerdings auf 8000 Fälle pro Jahr geschätzt. Es herrscht eine Verzeichnungs- und Angebotslücke. Wenn die For-*



3 / 3

derungen dieses Postulats in das Pilotprojekt integriert werden können, wird das Pilotprojekt um eine wichtige Massnahme ergänzt. Die SP erachtet das Ausprobieren dieser spezifischen Massnahme als sehr wichtig und unterstützt das Postulat.

**Florine Angele (GLP):** Im Gegensatz zur FDP und SVP hat die GLP-Fraktion dem Pilotprojekt vor einigen Wochen ohne Vorbehalt zugestimmt. Es erscheint uns sinnvoll, in diesem Bereich weitere Erkenntnisse zu sammeln und das Vorgehen gefällt uns. Mein Vorredner Walter Anken (SVP) hat es aber auf den Punkt gebracht: Lassen wir erst das Pilotprojekt laufen, wie es geplant war. Daraus können wir schliessen, welche Massnahmen benötigt werden. Vielleicht kommt dabei heraus, dass festangestellte Dolmetscherinnen und Dolmetscher die beste Lösung sind. Weil wir das jetzt noch nicht wissen, macht es wenig Sinn, schon Vorschriften zu erlassen, und wir lehnen das Postulat ab.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Ein Postulat ist keine Vorschrift, sondern es geht darum, etwas zu prüfen. Weil das Pilotprojekt bald beginnt, ist nun der beste Zeitpunkt, das Geforderte einzubauen und zu testen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass das Vorliegen einer sprachlichen Barriere das Risiko einer Unter-, Über- oder Fehlversorgung erhöht, was schlussendlich die Prämienlast erhöht. Walter Anken (SVP) hat bei seinem Besuch im Stadtspital eine Umfrage durchgeführt, die zum Schluss kam, dass festangestellte professionelle interkulturelle Übersetzer nicht erwünscht sind. Andere, beispielsweise die Kinderklinik, würden es durchaus gerne ausprobieren. Daher bin ich der Meinung, wir sollten einfach mal Tests durchführen.

Das Dringliche Postulat wird mit 61 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat